A. KOZAK / TRANSPARENT

Hochwasser in Ratibor

POLEN

Vorhersehbare Katastrophe

Die verheerenden Folgen des Hochwassers hätten verringert werden können, sagte der Präsident der obersten Kontrollkammer vorige Woche in einer Sondersitzung des Sejm in Warschau. Seine Behörde habe schon 1994 eindringlich auf gravierende Mängel im Hochwasserschutz hingewiesen – ohne jedes Ergebnis. In einer Expertise wurden sträfliche Vernachlässigungen aufgezeigt, die sich nun rächten. Schutzdämme entlang der Flüsse etwa ließen die Behörden verkommen, der Bau neuer Deiche wurde verschleppt. Das führte zu „einer Verschlechterung des Hochwasserschutzes“. So entstehe „die Gefahr, daß die Menschen in den gefährdeten Gebieten Vermögenswerte vieler Generationen verlieren“, warnten die Fachleute 1994. Der Bericht wies auf besonders bedrohte Regionen und Städte hin – etwa die oberschlesische Stadt Racibórz (Ratibor), wo am rechten Oderufer vier Meter hohe Deiche aufgeschüttet wurden, um Wiesen und Felder zu schützen; die alten, nur 2,5 Meter hohen Dämme am linken Ufer hingegen, an dem die Altstadt liegt, wurden nicht erhöht. Bei Hochwasser führe das unweigerlich „zu einer Überschwemmung der Stadt, wie es schon 1985 und 1986 der Fall war“, warnte der Bericht. Tatsächlich wurde Ratibor jetzt vom Hochwasser überflutet und stark beschädigt.

SIERRA LEONE

Kinder an der Front

H. MADEJ / BILDERBERG

Zwölfjähriger im Bürgerkrieg

Statt zu spielen und zu lernen, greifen sie nun wieder zu den Gewehren: Hunderte ehemaliger Kindersoldaten sind im westafrikanischen Sierra Leone aus Lagern für entwaffnete Bürgerkriegskämpfer geflohen. Ein Wiedereingliederungsprogramm der Unicef und der Zivilregierung brach zusammen, als sich Ende Mai wieder Militärs an die Macht putschten. Sie mißbrauchen die Kinder im Kampf gegen Bürgerwehren, die sich der Junta widersetzen. Schätzungsweise zwischen 50 000 und 200 000 Kindersoldaten stehen weltweit unter Waffen. Auf Gehorsam gedrillt und ohne moralische Wertmaßstäbe, töten sie oft mit besonderer Grausamkeit.

ALGERIEN

Islamistenführer zum Dialog bereit

Der jüngste Coup des vom Militär gestützten Regimes in Algier scheint sich auszuzahlen. Gleich nach seiner überraschenden Freilassung aus dem Gefängnis in der vergangenen Woche mühte sich der Islamistenführer Abbassi el-Madani, 66, die Islamische Heilsfront (FIS) auf Dialogkurs mit der Regierung zu führen. „Wenn ich den Befehl dazu gäbe, würden unsere Anhänger eure Panzer auffressen“, hatte Madani noch 1990 nach dem Sieg des FIS bei den Gemeindewahlen triumphierend den Militärs zugerufen. Als die Heilsfront bei den Parlamentswahlen Ende Dezember 1991 im ersten Wahlgang dem Sieg nahe war, annullierten die Machthaber das Ergebnis – Madani war damals bereits seit Monaten in Haft. Seine Freilassung gilt als Versuch von Staatspräsident Zeroual, den friedensbereiten Teil der Islamisten in den Prozeß der Normalisierung einzubinden. Zu einem Treffen mit Madani erschienen jetzt immerhin fünf von neun Mitgliedern des FIS-Exekutivrats; eine Teilnahme der Heilsfront an vorgezogenen Parlamentswahlen wollte die Madani-Fraktion bei ihrem Treffen nicht mehr grundsätzlich ausschließen. Auch soll Madani dem Innenminister versprochen haben, eine Namensliste jener „abtrünnigen und verbrecherischen Elemente“ zu übermitteln, die seine zum Teil aus dem Gefängnis ergangenen Direktiven „verfälscht“ hatten, um „Terrorüberfälle und blutige Erpressungsfeldzüge“ zu rechtfertigen.

HAMED / SYGMA

Islamist Madani

HONGKONG

Heftige Irritationen

Die Einladung an Rita Fan, Präsidentin des Peking-hörigen „provisorischen“ Hongkonger Stadtparlaments, zu einem Deutschlandbesuch durch Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth hat bei Oppositionspolitikern der chinesischen „Sonderverwaltungsregion“ zu heftigen Irritationen geführt. „Wir bedauern die Einladung außerordentlich“, sagte Martin Lee, Vorsitzender der Demokratischen Partei, „sie ist mehr als unangemessen.“ Bei den 60 Abgeordneten der „provisorischen Legislative“, denen Frau Fan vorsteht, handelt es sich um eine von China handverlesene Versammlung. Das Gremium hatte gleich nach Hongkongs Übergabe seine Arbeit aufgenommen. Schon in der ersten Sitzung beriet das Stadtparlament über eine Änderung der Wahlgesetze. Ziel einer neuen Verordnung sei es, so ein Regierungsmitglied, „daß die Demokraten bei den nächsten Wahlen weniger Sitze erhalten“. Rita Fan hängt der Spitzname „Jiang Qing von Hongkong“ an – eine Anspielung auf die 1976 entmachtete ultralinke Mao-Witwe. Der Grund: Als 1992 der letzte Gouverneur der Kronkolonie, Chris Patten, seine Pläne für eine Demokratisierung Hongkongs ankündigte, wurde er dafür von Rita Fan, einer früheren Abgeordneten des Stadtparlaments, heftig angegriffen. Ihre antidemokratischen Ausfälle belohnte Peking mit dem Vorsitz des Parlaments von Chinas Gnaden.